

Resolution des Regionalrates Düsseldorf
(am 17.3.16 mit den Stimmen von **SPD, CDU, FDP/FBI** beschlossen)

Bereits die ersten Arbeitsentwürfe zum geplanten Landesnaturschutzgesetz sahen sich massiven Protesten von Seiten der kommunalen Spitzenverbände, der Wirtschaft, der Landwirtschaft und der Grundbesitzerverbände gegenüber. Der jüngst vorgelegte Arbeitsentwurf trägt diesen Protesten zwar in Teilen Rechnung, er beinhaltet jedoch nach wie vor zahlreiche Verschlechterungen gegenüber dem geltenden Landschaftsgesetz NRW, die nicht akzeptabel sind.

Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die Regelung zum Ersatzgeld bei Eingriffen in Natur und Landschaft sollen verschärft werden. So soll die 1 zu 1 - Regelung, nach der die landwirtschaftliche Kompensationsfläche nicht größer sein soll als die Eingriffsfläche, gestrichen werden. Weiterhin soll zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie NRW die Fläche des Biotopverbundes von 10 auf 15 % erhöht werden. Diese Regelungen, neue Verbote der Grünlandumwandlung und des Pflegeumbruchs sowie das erstmalig vorgesehene Vorkaufsrecht zugunsten von Naturschutzstiftungen des Privatrechts für hochwertige Landwirtschaftsflächen führen zu einer gravierenden Verknappung von Ackerböden und schränken die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen massiv ein.

Darüber hinaus sollen die Mitwirkungsrechte der anerkannten Naturschutzvereine erheblich erweitert werden. Zukünftig sollen sie vor der Erteilung von Befreiungen und Ausnahmen von Geboten und Verboten zum Schutz von gesetzlich geschützten Biotopen, vor der Erteilung von wesentlichen Ausnahmen von Geboten und Verboten zum Schutz von geschützten Landschaftsbestandteilen, Naturdenkmälern, geschützten Alleen, Natura-2000-Gebieten, FFHGebieten, Vogelschutzgebieten, Naturschutzgebieten und weiteren Schutzgebieten sowie vor der Erteilung diverser Genehmigungen und Erlaubnisse beteiligt werden.

Hierdurch wird nicht nur die Handlungsfähigkeit der Unteren Landschaftsbehörden erheblich eingeschränkt, es ist auch davon auszugehen, dass die neue Beteiligung die Bearbeitungszeiten deutlich verlängern wird und die Bürger auf ihre Entscheidungen unangemessen lange warten müssen, weil die Verbände kaum in der Lage sein werden, die Vielzahl der Fälle, die die Untere Landschaftsbehörde jährlich zu bescheiden hat, in angemessener Frist zu bearbeiten.

Darüber hinaus ist zu befürchten, dass sich durch den größeren Verwaltungsaufwand die Gebühren erhöhen werden. Mit einem Mehrbelastungsausgleich nach dem Konnexitätsausführungsgesetz für die zusätzlichen Verfahrens-, Genehmigungs- und Kontrollpflichten, der zu einer Ausgleichszahlung führen würde, können die Unteren Landschaftsbehörden nicht rechnen, da die Landesregierung den Personal- und Sachaufwand im Rahmen ihrer Kostenfolgeabschätzung nicht ausreichend berücksichtigt hat, was dazu führt, dass dieser unter der Wesentlichkeitsschwelle bleibt.

Weiterhin soll das Widerspruchsrecht der zukünftig „Naturschutzbeiräte“ genannten Beiräte bei den Unteren Landschaftsbehörden (Landschaftsbeiräte) erheblich ausgeweitet werden. Ihr Widerspruch soll zukünftig bei einem ablehnenden Beschluss der zuständigen Fachausschüsse nur noch durch die Bezirksregierung als höhere Naturschutzbehörde und nicht mehr durch den Kreistag bzw. Stadtrat überwunden werden. Der ausschließlich durch Naturschutzvereinigungen und Verbände besetzte Naturschutzbeirat erhält damit eine höhere Kompetenz als der aus allgemeinen und freien Wahlen hervorgegangene Kreistag bzw. Stadtrat, in dem sich der politische Wille der Bevölkerung manifestiert und dem gegenüber die Kreistagsmitglieder bzw. Stadtratsmitglieder verantwortlich sind.

"Wir appellieren an die Landesregierung, die Position der demokratisch legitimierten Gremien durch die beabsichtigten Regelungen nicht zu schwächen."

Darüber hinaus kommt mit dem Gesetzentwurf eine Vielzahl neuer bzw. erweiterter Aufgaben auf die Kreise und die Kommunen zu. Zu nennen sind hier beispielsweise die Einführung von Pflichten zur Aufstellung von Ersatzgeldlisten und -verzeichnissen, zur Aufstellung von Verzeichnissen über durchgeführte FFH-Verträglichkeitsprüfungen sowie neue Zuständigkeiten für die Umsetzung von Nutzungsverböten. Diese Aufgaben werden erheblich Personal binden und dadurch einen effektiven Natur- und Landschaftsschutz behindern.

Die Akzeptanz des Naturschutzes hängt wesentlich von einem vertrauensvollen Umgang zwischen Unteren Landschaftsbehörden, Vorhabenträgern und Naturschützern ab, der auch in Zukunft durch das Land gefördert und nicht erschwert werden soll.

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf lehnt daher den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ab und fordert die Landesregierung auf, das Landesnaturschutzrecht unter Beachtung der berechtigten Belange der Kreise und Kommunen sowie der Bürgerinnen und Bürger im Sinne eines kooperativen Naturschutzes mit dem Ziel einer qualitätsvollen Verbesserung des Natur- und Artenschutzes zu novellieren.

Die Neuausrichtung der Naturschutzpolitik des Landes zur Verbesserung des Schutzes wertvoller Lebensräume für Tiere und Pflanzen hat unter Beibehaltung der bewährten Entscheidungs- und Kooperationsstrukturen zu erfolgen und dabei auf unnötige zusätzliche bürokratische Hürden und Verwaltungsverfahren zu verzichten. Vertragsnaturschutz muss ordnungsrechtlichem Dirigismus vorgehen. Nur dann wird das ambitionierte Ziel des Landes, Artenverlust zu stoppen und die biologische Vielfalt zu erhöhen, gelingen.

Der Regionalrat erwartet von der Landesregierung respektvolle Absprachen mit den Landeigentümern hinsichtlich der Flächennutzung. Dabei sind Eingriffe in bewirtschaftete Flächen zu vermeiden, damit die Akzeptanz der Eigentümer, der Bewirtschafter und der Bevölkerung für den Natur- und Artenschutz nicht gefährdet wird.

Um die heimische Landwirtschaft vor weiteren Verlusten von hochwertigen Ackerflächen zu schützen, sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Prinzip „Qualität vor Quantität“ ausgerichtet werden. Gemeindliche Flächenentwicklung muss auch im Freiraum unter Wahrung der Belange des Naturschutzes möglich bleiben, wenn ein entsprechender Bedarf für die neue Wohn- und Gewerbegebiete gegeben ist.

Formal ist kritisch anzumerken, dass relevante Institutionen, wie z.B. die Clearingstelle Mittelstand, im Zuge des bisherigen Verfahrens nicht an der Entwicklung des Gesetzentwurfs beteiligt wurden. Gemäß Mittelstandsförderungsgesetz NRW bedürfen Gesetzes- und Verordnungsvorhaben der Landesregierung mit wesentlicher Relevanz für den Mittelstand einer Überprüfung und Klärung ihrer Mittelstandsverträglichkeit. Diese Prüfung hat noch zu erfolgen.

Im übrigen wird die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW vom 10.02.2016 zum Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes NRW in vollem Umfang unterstützt und der RR fordert die Landesregierung auf, dieser Stellungnahme Rechnung zu tragen.